

# Denkwürdigkeiten



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 50  
Februar  
2009

Herausgegeben vom Vorstand  
der Politisch-Militärischen Gesell-  
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

die ganze Welt – insbesondere auch wir Deutschen – schaut mit Spannung auf Präsident Obama in seinen ersten Amtswochen. Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Irak, Afghanistan, Naher Osten, Terrorismus, Menschenrechte, Klima etc. – er hat eine durchaus spannende Agenda. Seine ersten Tage im neuen Amt sind von anspruchsvollen, klaren Zielsetzungen, Tatkraft und Fortune geprägt. Die Anwärter für seine noch zu bestückende Administration bringen sich derweilen mit einem Feuerwerk aus Strategien und Initiativen in Stellung, die dem sachkundigen Beobachter bereits jetzt wertvolle Hinweise geben, wohin die amerikanische Reise geht und worauf wir uns als befreundete Weggefährten und Bündnispartner einstellen können.

*Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender*

## THEMEN

### Erwartungen an Obamas Außenpolitik

Barack Obama hat am 4. November einen historischen Sieg errungen. Allerdings steht der zukünftige US-Präsident vor einer dreifachen Herausforderung, die an jene Franklin D. Roosevelts zu Zeiten der großen Depression erinnert: Die Versöhnung der aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise tief verunsicherten, politisch und sozial stark polarisierten amerikanischen Gesellschaft; die Umkehrung des wirtschaftlichen Niedergangs und außenpolitischen Einflussverlusts und dem damit einhergehenden Verlust amerikanischer Führungskraft sowie die Wiederherstellung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der USA. Der Sieg Barack Obamas hat eine Aufbruchsstimmung voller (nicht immer realistischer) Erwartungen entfacht, die dieser noch in der Wahlnacht in seiner ersten Rede versucht hat zu dämpfen.

Was bedeutet der Sieg Obamas für uns Europäer? Einen radikalen Wandel in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber den europäischen Verbündeten dürfte

## In dieser Ausgabe

### 1 Erwartungen an Obamas Außenpolitik

von Eckart von Klaeden, MdB

### 4 USA: Trotz Krise unverzichtbare Führungsmacht

von Dr. Heinrich Kreft

### 7 Interview mit Dr. Peter Roell Indiens 9/11

es kaum geben, denn die USA wurden (wie auch Kanada) nach dem zweiten Weltkrieg auch eine europäische Macht. Dieses blieben die USA auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, wie es die KSZE-Schlussakte von Helsinki mit der Unterschrift Leonid Breschnews auch völkerrechtlich verbindlich konstituierte. Wir haben auch ein Interesse daran, dass das so bleibt – vor allem angesichts einer aggressiver werdenden russischen Außenpolitik. Dieses wurde am Tag der Wahl Obamas deutlich als der russische Präsident Medwedew in seiner ersten Rede zur Lage der Nation einen härteren Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik und die Stationierung russischer Kurzstreckenraketen im Gebiet Königsberg als Antwort auf die amerikanische Raketenabwehr ankündigte.

Der Ruf der Bush-Regierung in Europa ist schlecht vor allem wegen der von ihr in ihrem als Krieg bezeichneten Kampf gegen den internationalen Terrorismus als notwendig erachteten Mittel, wie die Einrichtung des Gefangenenlagers in Guantanamo und angewandter Verhörmethoden („water

boarding“), die international als Folter angesehen werden.

Viel Applaus und kaum Widerspruch konnten diejenigen in Europa ernten, die Präsident Bush für alles – vom internationalen Terrorismus über die Finanzkrise bis zur Klimakatastrophe – verantwortlich gemacht haben. Die absurden Vorwürfe waren für viele Europäer willkommene Ausreden, um US-Forderungen nach einem stärkeren Engagement oder klarer Positionierung mit selbstgerechter Attitüde zurückzuweisen. Mit dieser wohlfeilen und bequemen Position ist es nun vorbei!

### Kontinuität

Barack Obama dürfte in den transatlantischen Beziehungen weitgehend an die von Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit und zuvor von Präsident Clinton verfolgte multilaterale Linie anknüpfen und sich bemühen, die transatlantischen Beziehungen weiter zu intensivieren. Bedarf gibt es dafür genug, sei es in der Russland- oder Iran-Politik, beim Klimaschutz und der Energiesicherheit, im Nahen Osten oder in Afghanistan. Der neue US-Präsident wird den Europäern breitere Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, ohne damit allerdings den amerikanischen Führungsanspruch aufzugeben. Dazu gehört aber auch, dass von europäischer Seite größere Beiträge als bisher erwartet werden. Befürchtungen jedoch, dass zu den ersten Amtshandlungen des neuen US-Präsidenten die Forderung nach mehr deutschen Truppen in Afghanistan gehören wird, sind übertrieben und eher ein Zeichen mangelnden Selbstbewusstseins. Wenn wir uns – wie es in der Koalitionsvereinbarung heißt – zu einem „effektiven Multilateralismus“ bekennen, müssen die USA zu einem multilateralen Vorgehen, wir aber zu effektivem Handeln bereit sein. Diese Chance zu einer vertieften Kooperation unter Präsident Obama sollten wir wahrnehmen, denn wir brauchen einen starken Partner USA – aber auch die USA benötigen in uns Europäern starke Partner.

### Führungsmacht USA

Obwohl die Macht der USA vor dem Hintergrund aufstrebender, vor allem asiatischer Staaten, relativ zurückgehen dürfte, werden die USA noch für lange Zeit westliche Führungs- und internationale Ordnungsmacht bleiben. Die militärische Dominanz der USA wird auch in den kommenden Jahrzehnten erhalten bleiben. Trotz aktueller Finanzkrise wird auch die US-Wirtschaft vor allem dank ihres großen Innovationspotentials noch über viele Jahre an der Weltspitze bleiben.

Auch nach den mit dem Ende des Kalten Krieges eingetretenen strukturellen Veränderungen im internationalen System gibt es keine zwei Regionen auf der Welt, die soviel gemeinsam haben wie Europa und die USA und die in ähnlicher Weise politisch, wirtschaftlich, kulturell, strategisch und historisch aneinander gebunden sind. Die transatlantische Partnerschaft ist auch aus ganz pragmatischen Gründen heraus wichtig, da sich die Stärken der beiden Partner gut ergänzen.

### Außenpolitische Prioritäten

Auch wenn der Irak-Krieg im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielte, dürfte der geordnete Rückzug aus dem Irak oben auf der außenpolitischen Agenda des ersten Amtsjahres stehen, schließlich hat Barack Obama im Wahlkampf angekündigt, die Kampftruppen innerhalb von 16 Monaten abzuziehen. Präsident Bush hatte bereits am 9. September 2008 vorsichtige Truppenreduzierungen angekündigt, nachdem er im Frühjahr Verhandlungen mit der irakischen Führung über ein Truppenstationierungsabkommen und ein Rahmenabkommen über ein langfristiges Engagement der USA im Irak aufgenommen hatte, die inzwischen abgeschlossen sind. Diese Abkommen sehen eine starke US-Militärpräsenz mit bis zu 50-70.000 Soldaten vor. Damit dürfte sichergestellt werden, dass der Rückzug kein Vakuum hinterlässt, das neuer Gewalt oder iranischen Hegemoniebestrebungen Tür und Tor öffnet.

Der Iran spielt aus Sicht wichtiger Obama-Berater die zentrale Rolle in der Auseinandersetzung zwischen moderaten und extremistischen Kräften im Nahen und Mittleren Osten, d.h. in einer Region die für die nationale Sicherheit der USA von zentraler Bedeutung ist. Energiesicherheit, Demokratieförderung und die Beziehungen zu strategischen Partnern wie Israel, Saudi Arabien und Ägypten dürften auch unter Präsident Obama Schwerpunkte des US-Engagements in der Region bleiben, wenn auch der Akzent sich von der Demokratieförderung noch weiter in Richtung Stabilisierung verschieben dürfte. Dem Iran wird nicht zu Unrecht vorgeworfen, der wichtigste Förderer von Terrorismus in der Region zu sein, die Vernichtung Israels anzustreben, Waffen an Aufständische im Irak und Afghanistan zu liefern, die Menschenrechte im eigenen Land zu missachten, die Region (Irak, Libanon und die Palästinensergebiete) zu destabilisieren und ein militärisches Nuklearprogramm zu verfolgen. Auch Barack Obama ist fest entschlossen zu verhindern, dass der Iran in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangt. Er dürfte auch kaum – wie einmal unbeachtet während des Vorwahlkampfes geäußert – bereit sein, ohne Vorbedingungen mit dem iranischen Präsidenten Verhandlungen aufzunehmen. Allerdings dürften die Gespräche auf Arbeitsebene, die schon unter Präsident Bush begonnen hatten, fortgesetzt werden. Angesichts drastisch sinkender Erdölexporterlöse und einer dadurch immer prekärer werdenden wirtschaftlichen Situation im Iran, sowie den in 2009 anstehenden iranischen Präsidentschaftswahlen, dürfte auch im Iran das Interesse an solchen Gesprächen wachsen.

Präsident Obama dürfte auch den durch die Annapolis-Konferenz wiederbelebten Nahostfriedensprozess, der derzeit durch die innenpolitische Lage in Israel (Rücktritt Premierminister Olmerts) blockiert ist, fortsetzen und damit anders als seine beiden Vorgänger im Weißen Haus den Ausgleich zwischen Israel und Palästinensern von Anfang an zur

Chefsache machen und nicht erst kurz vor Ende der (zweiten) Amtszeit.

Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan dürfte Obama – wie angekündigt – das US-Engagement in Afghanistan vor allem beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte und beim zivilen Wiederaufbau deutlich ausweiten. Ab 2009 sollen die US-Truppen in Afghanistan um weitere drei Brigaden aufgestockt werden, die im Irak frei werden. Obama hofft, dass die NATO-Partner ihn in seiner Strategie unterstützen und ebenfalls ihre Anstrengungen in Afghanistan erhöhen, nicht unbedingt durch das Entsenden zusätzlicher Soldaten, sondern auch durch mehr zivile Hilfe. Die neue Administration dürfte die Alliierten stärker konsultieren und einbinden. Mehr Mitsprache bedeutet aber auch mehr Mitverantwortung, vor der wir aber nicht zurückschrecken dürfen, da unser Engagement in Afghanistan sich auch bisher durchaus sehen lassen kann.

Schließlich wird sich der künftige US-Präsident auch sehr bald den Beziehungen zu Russland widmen müssen. Die Georgienkrise vom August 2008, die mit Hilfe eines transatlantisch eng abgestimmten Krisenmanagements bewältigt werden konnte, markierte einen neuen Tiefpunkt in den Beziehungen zu Russland. Die Obama-Präsidentschaft hat die Chance zu einem Neubeginn mit Russland – woran auch die russische Seite unter dem Eindruck sinkender Energieexporterlöse und wachsender Wirtschaftsprobleme ein Interesse haben müsste. Eine konkrete Möglichkeit, Russland in Verhandlungen einzubinden, könnte in einer neuen Runde von Abrüstungsverhandlungen bestehen, die dringend notwendig ist, da der START-I-Vertrag im Dezember 2009 ausläuft. Falls Obama sich – wie im Wahlkampf – für eine massive Reduzierung des weltweiten Arsenal von etwa 27.000 Nuklearwaffen einsetzt, von denen 95 Prozent in russischen und amerikanischen Besitz sind, ist dieses Ziel nur gemeinsam mit Russland zu erreichen.

Es ist auch zu begrüßen, dass sich der zukünftige US-Präsident sowohl vor als auch nach seiner Wahl für neue Initiativen zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) ausgesprochen hat.

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NVV) ist das Fundament der internationalen Nichtverbreitungspolitik und spielt eine zentrale Rolle bei der Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen. Wachsende Proliferationsrisiken, insbesondere die aktuellen Fälle Iran und Nordkorea, die das Vertragsregime gefährden, müssen vor allem durch eine Stärkung der Verifikation des NVV durch die Übernahme des IAEO-Zusatzprotokolls, das eine effizientere Kontrolle möglicher illegaler Nuklearaktivitäten ermöglicht, bekämpft werden.

Um zu verhindern, dass die aktuelle „Renaissance“ der zivilen Nutzung der Kernenergie die Proliferationsrisiken weiter steigen, sollten Überlegungen zur Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs, z.B. durch eine Urananreicherungsanlage unter IAEO-Kontrolle zügig konkretisiert werden.

Eine Ratifikation des Vertrags über das Umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Test Ban Treaty) durch den US-Senat, wofür sich Barack Obama ausgesprochen hat, wäre auch ein positives Signal für die Überprüfungskonferenz 2010 des NVV, die ganz wesentlich für die Zukunft des Vertragsregimes sein wird.

Unverzichtbare Mittel der Proliferationsbekämpfung sind Exportkontrollen, mit denen die Weitergabe zur Herstellung von MVW und militärischer Trägertechnologie geeigneter Ausrüstungen, Technologien und Vorprodukte kontrolliert wird. Als Präsident dürfte Obama auch die 2003 von den USA angeregte Proliferations Security Initiative und andere Initiativen zur Proliferationsvorbeugung und gegen den Nuklearterrorismus ausbauen.

Ein für uns wichtiges außen- und sicherheitspolitisches Datum ist der Anfang April in Strassburg und Kehl stattfindende NATO-Gipfel, zu dem Obama erstmals als Präsident nach Europa reisen dürfte. Hier soll nicht nur das 60-jährige Jubiläum des Bündnisses begangen, sondern auch der Auftrag für ein neues strategisches Konzept der NATO erteilt werden.

Das bietet – neben dem zweifellos vorhandenen Risiko, dass dabei die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Fortentwicklung der NATO offen zutage treten – auch die Möglichkeit eines notwendigen Klärungsprozesses und vor allem die Chance, das transatlantische Verhältnis zu Beginn der Obama-Präsidentschaft wieder zu vertiefen und zu intensivieren.

Das zukünftige strategische Konzept muss die sicherheitspolitischen Umbrüche der vergangenen Jahre in voller Breite widerspiegeln sowie die noch nicht abgeschlossene Transformation der NATO thematisieren. Am Anfang muss eine umfassende Analyse der neuen kaum noch geographisch eingrenzbareren Bedrohungen und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Dabei müssen auch nicht-militärische Aspekte wie beispielsweise ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle berücksichtigt werden. Dazu gehören auch Fragen der Raketenabwehr, der Cyber-Defense und der Energiesicherheit.

Das Verhältnis von NATO und EU bedarf der dringenden Klärung. Aus unserer Sicht stehen NATO und ESVP nicht in einem Konkurrenzverhältnis, sondern sind dank ihrer jeweils spezifischen Fähigkeiten komplementär zueinander. Wir brauchen eine gemeinsame strategische Kultur von NATO und EU.

Die NATO muss auch weiterhin offen sein für neue Mitglieder. Ihre Aufnahme muss sich an den Aufnahmekriterien des Bündnisses orientieren. Ebenso wichtig ist der Ausbau der Beziehungen zu Partnern, insbesondere in Asien, die sich mit eigenen Solda-

ten z.B. an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen.

Damit sich Deutschland auch angemessen an den wachsenden Aufgaben von NATO und ESVP beteiligen kann, müssen die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt für den Aufbau der erforderlichen Fähigkeiten bereitgestellt werden. Gleiches gilt für unsere europäischen Partner. Nur so kann Europa die politisch gewünschte eigenständige Rolle im Bündnis mit den USA übernehmen.

### Partner Europa

Die EU ist zwar wohlhabend und übt eine große Anziehungskraft auf ihre Nachbarschaft aus, ist aber noch kein wirklicher strategischer Akteur auf der Weltbühne. Strategische Operationen wie derzeit in Afghanistan können nur unter der Führung der USA bzw. im Rahmen der NATO durchgeführt werden. Seit dem Fiasko der USA in den ersten Jahren nach dem Irak-Krieg wird aber zunehmend deutlich, dass die USA nicht auf die legitimierende Zustimmung und Unterstützung durch die großen europäischen Nationen verzichten sollten. Das gilt umso mehr, als in bestimmten Weltregionen das europäische Ansehen höher ist als das der USA und eine Einbindung Europas die Chancen für einen gemeinsamen Erfolg deutlich verbessert, wie z.B. im Nahen und Mittleren Osten. Die EU verfügt inzwischen über erhebliche Mittel und Expertise beim zivilen Krisenmanagement und Wiederaufbau. Gerade die aktuellen Erfahrungen in Afghanistan und auf dem Balkan zeigen, wie wichtig die Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ist. Allerdings sollte die transatlantische Zusammenarbeit nicht auf Europa und die USA beschränkt bleiben, sondern weitere demokratische und gleichgesinnte Länder wie Japan und Indien, Australien und Neuseeland, Brasilien und Mexiko einbeziehen.

Zur Bewältigung der großen vor ihm liegenden Herausforderungen ist Obama auf Mitstreiter jenseits seiner Partei und Bewegung angewiesen – auf moderate Re-

publikaner ebenso wie auf Alliierte in Europa und anderswo.

*Eckart von Klaeden, MdB, Berlin*

Eckart von Klaeden ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums der CDU. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Erstmals veröffentlicht des Beitrages in „Die Politische Meinung“ Nr. 470. Januar 2009

## THEMEN

### USA: Trotz Krise unverzichtbare Führungsmacht

Gerade schien der historische Wahlsieg Barack Obamas und die eindrucksvoll unter Beweis gestellte Vitalität der amerikanischen Demokratie die Abgesänge vom Niedergang der USA verstummen zu lassen, als die in den USA ihren Ausgang genommene globale Finanzkrise den Chor erneut lauter werden lässt. Aber auch diesmal sollten die USA nicht vorzeitig abgeschrieben werden. Amerikas Durchhaltevermögen und Reformfähigkeit wird regelmäßig und chronisch unterschätzt.

Auf der einen Seite ist es nicht zu bestreiten, dass der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bei seinem Amtsantritt am 20. Januar 2009 ein schweres Erbe antreten wird. Er steht vor den Herausforderungen einer anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, eines enormen Haushalts- und Außenhandelsdefizits, zweier Kriege im Irak und Afghanistan und eines weltweiten Imageverlustes der USA als Folge des umstrittenen „war on terror“ seines Vorgängers.

Die kurze Phase des „imperial moment“ und der „hyperpower“ – woran ohnehin nie eine Mehrheit

der Amerikaner geglaubt hat – scheint schon vergessen zu sein. Dieser Niedergang erscheint umso plausibler, als gleichzeitig aufstrebende Staaten wie China und Indien, Russland und Brasilien, aber auch die Europäische Union stetig an wirtschaftlichem und damit auch politischem Einfluss gewinnen und so zumindest potentiell den USA die internationale Führungsposition streitig machen können.

### Amerikanische Stärken

Neben diesen zweifellos großen Schwächen und Herausforderungen verfügen die USA aber zugleich über enorme Stärken, die die Grundlage dafür sind, dass das Land (zumindest noch sehr lange) die Führungsrolle in einer zweifellos multipolarer werdenden Welt ausüben kann. Dazu gehören:

#### Demographie

Die USA verfügen nicht nur über große Rohstoffvorkommen und landwirtschaftlich nutzbare Flächen, sondern sind auch durch die Demographie mittel- und langfristig begünstigt. Dank der Migration und einer hohen Geburtenrate, verfügen die Vereinigten Staaten über eine im Vergleich zu den meisten potentiellen Konkurrenten jungen Bevölkerung. Bis zum Jahr 2030 dürfte die US-Bevölkerung um 65 Millionen anwachsen, während sie in Europa stagniert. Während Europa dann doppelt so viele Senioren über 65 Jahre als Kinder unter 15 Jahren hat, wird in den USA die Zahl der Kinder, die der Senioren auch dann übersteigen. Der Anteil der im arbeitsfähigen Alter befindlichen Bevölkerung im Vergleich zu den Rentnern wird in Europa von heute 3,8 zu 1 auf 2,4 zu 1 in 2030 sinken, während das Verhältnis in den USA von heute 5,4 zu 1 auf dann 3,1 zu 1 sinken wird. Dadurch sind die Lasten einer alternden Bevölkerung in den USA weitaus geringer als in Europa. Dieses gilt aber auch im Vergleich zu Russland und Japan sowie auch zu China, dessen langjährige Ein-Kind-Politik die

sozialen Probleme des Landes weiter zuspitzt.<sup>1</sup>

#### *Wirtschaft und Wissenschaft*

Trotz der aktuellen Krise, ist die US-Volkswirtschaft, die mit einem BIP von etwa 14 Billionen Dollar über ein Viertel des Weltsozialprodukts erwirtschaftet, grundsätzlich vital. Sie hat in den vergangenen 25 Jahren mit über drei Prozent ein signifikant höheres Wachstum erwirtschaftet als Europa und Japan, wobei auch das Produktivitätswachstum während der vergangenen 10 Jahre einen vollen Prozentpunkt über der entsprechenden Entwicklung in Europa lag. Sie ist anpassungsfähig und innovativer als jede andere Volkswirtschaft. Amerika verfügt über die größten und besten Universitäten und Forschungsinstitute der Welt. Mehr als Dreiviertel der vorderen Rangplätze unter den weltweit führenden Forschungseinrichtungen werden regelmäßig von amerikanischen Instituten eingenommen. Das Weltwirtschaftsforum attestiert den USA die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft, die ihre Stärken insbesondere in entscheidenden Zukunftsbereichen wie der Nano- und Biotechnologie besitzt. Auch bilden die USA unter den großen Volkswirtschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Ingenieure aus. Die USA investieren 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Hochschulbildung im Vergleich zu 1,2 Prozent in Europa und 1,1 Prozent in Japan. Auch wenn die aktuelle Rezession für die USA tiefer ausfallen sollte als für Europa und andere, dürften die genannten Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass das Land gestärkt aus der Krise herauskommen wird. Darauf sollten wir uns einstellen.

#### *Militär*

Auch im militärischen Bereich gibt es kein zweites Land, das an die militärischen Fähigkeiten der USA heranreicht. Kein anderes Land ist in der Lage, seine militärische Macht global einzusetzen. Ameri-

kas Verteidigungshaushalt ist größer als die der folgenden 14 Staaten zusammengenommen und erreicht nahezu 50 Prozent der globalen Militärausgaben. Die amerikanischen Ausgaben sind dabei sechsmal größer als die Chinas, des einzigen potentiellen Rivalen, wenn man dessen geschätzte, um das dreifache über den offiziellen chinesischen Zahlen liegenden Angaben, zugrunde legt. Dabei liegen die aktuellen amerikanischen Verteidigungsausgaben mit 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch deutlich unter den 6,6, Prozent der Reagan-Administration oder gar der zweistelligen Werte aus den Hochzeiten des Kalten Krieges. Auch die Kosten für die Interventionen im Irak und in Afghanistan belaufen sich mit jährlich 125 Mrd. Dollar auf weniger als ein Prozent des BIP und sind damit deutlich geringer als die Kosten des Vietnamkriegs, die 1970 bei 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lagen. Die Militärmacht ist zwar nicht die Ursache amerikanischer Stärke, aber ihre Konsequenz. Ihr Treibstoff ist die solide wirtschaftliche und unvergleichliche technologische Basis der Vereinigten Staaten.

#### *Soft power*

Im Gegensatz zur militärischen „hard power“ haben die USA durch und in der Folge des Irak-Krieges in den vergangenen Jahren sowie durch „Guantanamo“ und Abu Ghraib einen großen Image-Verlust und damit an „soft power“ verloren. Allerdings sind die strukturellen Elemente amerikanischer „soft power“ nach wie vor intakt – von der amerikanischen Massenkultur, der Dominanz amerikanischer Anbieter in der globalen Kommunikation (Internet, TV) bis zur ungebrochenen Anziehungskraft amerikanischer Universitäten auf die „best and the brightest“ der Welt. 30 Prozent aller weltweit im Ausland studierenden Studenten sind an amerikanischen Universitäten eingeschrieben. Nach der Wahl Barack Obamas zum künftigen US-Präsidenten stellte Harvard-Professor Joseph Nye kurzerhand fest, dass damit die US „soft power“ wiederhergestellt sei. Auch wenn das etwas verfrüht

sein sollte, hat der neue US-Präsident die große Chance, das Image der USA in Europa und anderen Teilen der Welt schnell und nachhaltig zu verbessern.

#### *Führungs- und Gestaltungswille*

Zur Führungsfähigkeit gehört auch der politische Wille dazu. Auch wenn die Erfahrungen der letzten Jahre mit der im Desaster mündenden Intervention im Irak, die Befürworter einer interventionistischen Außenpolitik zu einer kleinen Minderheit in der US-Bevölkerung gemacht hat, dürfte dadurch jedoch kein zweites Vietnam-Trauma entstanden sein mit isolationistischen Reflexen. Die USA werden auch unter Obama zu keiner „status quo“-Macht werden, sondern aus der Überzeugung heraus, dass die Demokratie die einzig legitime Regierungsform darstellt, auch weiterhin demokratische Entwicklungen in aller Welt unterstützen. Eine Politik des „regime change“ auf militärischem Weg wird es allerdings auf absehbare Zeit nicht mehr geben.

#### **Potentielle Rivalen**

Es besteht kein Zweifel daran, dass die relative Macht der USA in der Welt abnimmt. Der Anteil der amerikanischen Volkswirtschaft am globalen Sozialprodukt nimmt ab, da insbesondere die bevölkerungsreichen Schwellenländer deutlich schneller wachsen als die USA. Auch wächst die globale Verflechtung der US-Wirtschaft schnell, insbesondere mit der Volksrepublik China, die Japan als größten Gläubiger der USA abgelöst hat. Und Europa hat sich zum Wunschpartner vieler Länder entwickelt. Doch trotz dieser Entwicklungen hat es kaum und selbst nicht mal in Europa gegen das hier extrem unpopuläre von George W. Bush geführte Amerika ein nennenswertes „ganging up“ gegen die USA gegeben. Nicht ein Land oder eine Koalition von Ländern ist als glaubwürdiger Gegenspieler oder ebenbürtiger Rivale aufgetreten – abgesehen von der langfristigen Perspektive, dass China einmal in der Lage sein könnte, die USA ernsthaft herauszufordern.

<sup>1</sup> Vgl. Heinrich Krefit, Die soziale Kehrseite des chinesischen Aufstiegs, In: Die Volksrepublik China, Staat und Gesellschaft, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2009.

### Europa

Ihr BIP ist zwar größer und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die EU seit langem ein ebenbürtiger Partner der USA, doch mangels Fortschritten im politischen Einigungsprozess sind die Europäer noch immer kein strategischer Akteur auf der Weltbühne und allenfalls eine politische Großmacht im Werden. Mit Angela Merkel und Nicolas Sarkozy ist in den wichtigsten europäischen Hauptstädten mit Blick auf die globale Rolle der Europäischen Union wieder mehr Realismus eingekehrt, als unter ihren Vorgängern, die allen Ernstes die EU zur Gegenmacht zur amerikanischen „hyper puissance“ etablieren wollten.

### Russland

Russland hat zweifellos den politischen Willen, die USA herauszufordern. Putin und Medwedew haben in den vergangenen zwei Jahren kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um diesen Anspruch anzumelden. Mit der Größe der Volkswirtschaft der BENELUX-Staaten ist seine ökonomische Basis allerdings dafür zu schwach, seine Abhängigkeit von Energieexporterlösen zu hoch und auch der demographische Trend einer dramatisch schrumpfenden Bevölkerung, die schon heute nur 50 Prozent der amerikanischen ausmacht, lässt mittel- bis langfristig eine globale Führungsrolle Russlands kaum zu.

### China

China ist in hohem Masse an innerer und äußerer Stabilität interessiert. China hat zwar in den vergangenen 30 Jahren einen beeindruckenden ökonomischen und damit politischen Aufstieg bewerkstelligt, allerdings werden die sozialen und umweltpolitischen Schattenseiten dieser Entwicklung immer deutlicher. Da Chinas hohes Wirtschaftswachstum, das als *conditio sine qua non* für die soziale und damit politische Stabilität des Landes gilt, vom Export und von Rohstoff- und Energieimporten abhängt, hat China ein großes Interesse an einem freien Welthandel und stabilen internationalen Beziehungen.

### Indien

Indien verfügt ohne Zweifel über ein großes Wachstumspotential. Doch immer noch lasten eine übergroße Bürokratie und eine unzureichende Infrastruktur wie Mühlsteine auf der aufstrebenden Volkswirtschaft. Hinzu kommen große soziale Herausforderungen und eine wachsende Terrorgefahr, wie jüngst in den Anschlägen von Mumbai deutlich geworden ist. Auch Indien benötigt ein stabiles internationales Umfeld, um sich auf die großen heimischen Herausforderungen konzentrieren zu können.

### Japan

Japan verfügt über eine schrumpfende und alternde Bevölkerung und nicht über eine politische Kultur, eine Führungsrolle in der internationalen Politik zu spielen. Angesichts eines stärker werdenden China, dessen langfristigen politischen Absichten man in Tokio misstraut, sind die insbesondere sicherheitspolitischen Beziehungen zu den USA in den vergangenen Jahren noch enger geworden.

Alle möglichen Rivalen haben damit auf absehbare Zeit entweder nicht den Willen oder das Potential, die Führung der USA herauszufordern. Dieses ist z. T. auch der US-Politik geschuldet, die seit Ende des zweiten Weltkriegs so angelegt war, dass sie von diesen Ländern nicht als Gefährdung ihrer nationalen Kerninteressen betrachtet wurde. Darüber hinaus haben die USA eine internationale Ordnung geschaffen und erhalten, von der auch diese Staaten in hohem Maße profitiert haben und an deren Erhaltung sie daher auch zukünftig ein großes Interesse haben.

### **The still Indispensable Nation!**

Sowohl Barack Obama, als auch sein republikanischer Kontrahent John McCain waren sich in ihren Wahlkampfäußerungen einig, dass die USA Garant der internationalen Stabilität und unentbehrliche Ordnungsmacht seien und bleiben müssten. Angesicht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und der neu entflammenden Diskussion über den

Niedergang amerikanischer Macht wird leicht übersehen, dass die USA heute und auf absehbare Zeit allen anderen Ländern strukturell überlegen sind. Amerikas geographische Größe, seine materiellen Ressourcen und sein Humankapital, seine militärische Stärke und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aber auch seine liberalen politischen und wirtschaftlichen Traditionen machen zusammen die Überlegenheit Amerikas aus. Kein Land verfügt über solche Selbstheilungskräfte wie die USA. Amerika ist häufig unterschätzt worden – gerade auch von uns Deutschen.

Aus Sicht des zukünftigen Präsidenten und seiner Berater ist in der internationalen Politik gegenwärtig nicht weniger, sondern mehr amerikanische Führung gefordert. Die aktuellen Bedrohungen, die von der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und global operierenden Terroristen ausgehen, von „failed“ und „failing states“, aber auch vom Klimawandel und Fragen der Energie- und Lebensmittelsicherheit benötigen energisches amerikanisches Engagement. Ihnen ist klar, dass die Sicherheit und der Wohlstand der US-Amerikaner von der Sicherheit und dem Wohlergehen der Menschen in anderen Staaten abhängen.

Führung bedeutet für Barack Obama vor allem Führen durch das eigene Beispiel, womit er sich deutlich von seinen Vorgängern unterscheidet. Anders als für George W Bush dürfte der „war on terror“ nicht zur Leitschnur seiner Außen- und Sicherheitspolitik werden, auch wenn die Gefahr von Terroranschlägen gegen US-Einrichtungen im Ausland oder gar in den USA selbst als keineswegs gebannt gilt. Vielmehr darf aufgrund verschiedener Äußerungen im Wahlkampf und danach erwartet werden, dass Barack Obama einer liberalen und multilateralen Konzeption der amerikanischen Führungsrolle den Vorzug geben möchte. Dabei könnte er sich am Entwurf amerikanischer Weltpolitik nach 1945 anlehnen und die Rolle eines liberalen oder „benign hegemon“ für die USA wiederbeleben. Nicht zu-

fällig hat er sich im Wahlkampf nicht nur bei innenpolitischen Themen auf Franklin D. Roosevelt bezogen, sondern sich auch die Roosevelt'sche Vision einer neuen Weltordnung zueigen gemacht. Die amerikanische Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg war von der Idee einer multilateralen Weltordnung geleitet. Entsprechend gingen die USA daran, internationale Institutionen zu schaffen, deren Regeln für alle und damit auch für sie selbst gelten sollten. Barack Obama will die bestehenden Institutionen reformieren, die noch immer die Welt der unmittelbaren Nachkriegszeit widerspiegeln, um sie so den inzwischen eingetretenen Machtverschiebungen anzupassen und sie dadurch zu stärken. Insbesondere aufstrebende Mächte wie Indien, Brasilien, Südafrika und Nigeria sollten dabei stärker eingebunden werden. Daneben sollen neue Institutionen oder Vereinbarungen treten, insbesondere um – als Lehre aus der gegenwärtigen Finanzmarktkrise – die globale Finanzarchitektur zu stärken. Mit Blick auf die Machtverschiebungen nach und in Asien stellt sich für die neue Administration die Frage, wie China sicherheitspolitisch in die ostasiatisch-pazifische Region eingebunden werden kann. Dabei will Obama als Präsident an die weitergehenden Überlegungen der Bush-Administration anknüpfen, die Sechs-Parteien-Gespräche zur Beendigung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise in einem permanenten Sicherheitsforum für die Region zu institutionalisieren.

Barack Obama hat im Wahlkampf mehrfach betont, für 2009 ein „window of opportunity“ zu sehen, die internationale Führungsrolle der USA zu erneuern. Diesem Ziel dürfte auch die schnelle Entscheidung über sein außen- und sicherheitspolitisches Führungsteam dienen, sowie die Ankündigung bald nach Amtsantritt das Gefangenenerlager auf Guantanamo zu schließen.

Die Erwartungen, die der künftige US-Präsident nicht nur in seinem Land sondern weltweit geweckt hat sind groß. Neben einem sub-

stantiellen Beitrag zur Lösung globaler Probleme, die ohne eine aktive Beteiligung der USA undenkbar ist, wird vor von Präsident Barack Obama vor allen Dingen amerikanische Führungskraft erwartet.

*Dr. Heinrich Kreft, Berlin*

Dr. Heinrich Kreft ist außenpolitischer Berater der CDU/CSU Bundestagsfraktion und war bis November 2006 stellvertretender Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

## INTERVIEW

### Indiens 9/11

Interview mit Dr. Peter Roell

*Herr Dr. Roell, haben Sie die Terroranschläge in Mumbai am 26. November 2008, insbesondere auch auf zwei internationale Hotels, überrascht?*

**PR:** Nein, keineswegs. Bereits im April 2007 hatte ich in einem Vortrag vor deutschen Hoteldirektoren derartige Anschläge prognostiziert. Beispiele gibt es ja zur Genüge: 5. August 2003 Anschlag auf das Marriott Hotel in Jakarta; 7. Oktober 2004 Anschlag auf das Hilton Hotel in Tabata; 23. Juli 2005 Anschlag auf das Garden Hotel in Sharm-el-Sheik; 9. November 2005 drei Terroranschläge auf Hotels in Amman; 26. Januar 2007 Angriff auf das Marriott Hotel in Islamabad sowie am 20. September 2008. Bei Terroranschlägen in Indien kamen im Zeitraum Mai bis einschließlich Oktober 2008 über 170 Menschen ums Leben.

*Indiens Premierminister Manmohan Singh äußerte nach dem Anschlag den Verdacht, dass die Attentäter aus dem Ausland gekommen seien. Gibt es eindeutige Hinweise, dass die Terroristen Mitglieder der Terrororganisation Lashkar-e-Taiba waren, aus Pa-*

*kistan kamen und vom pakistanischen Geheimdienst ausgebildet und gesteuert wurden?*

**PR:** Eindeutige und gesicherte Erkenntnisse, wer hinter den Anschlägen steckt, gibt es nicht. Mehrere Hinweise deuten jedoch auf die Lashkar-e-Taiba hin. Pakistanische Spezialeinheiten sollen am 7. Dezember 2008 in der Nähe von Muzaffarabad den mutmaßlichen Organisator der Operation, Zakiur Rehman Lakhwi, verhaftet haben. Es gibt aber auch Hinweise, dass pensionierte pakistanische Militärs und ehemalige Angehörige des pakistanischen Geheimdienstes die Terroristen ausgebildet haben sollen. Die komplexe Operation lässt zumindest eine militärische Planung, Ausbildung und Durchführung erkennen.

*Lassen sich Ähnlichkeiten oder auch Unterschiede zwischen den bisherigen Terroranschlägen auf Hotels und den Anschlägen in Mumbai erkennen?*

**PR:** In der Zielsetzung gibt es Ähnlichkeiten. Die Terroristen streben eine hohe Medienwirkung, eine Vielzahl von Todesopfern sowie möglichst große wirtschaftliche Schäden an. Neue Elemente beim Anschlag in Mumbai sind die mehrmonatige Ausbildung der Attentäter, die umfangreichen Aufklärungsaktivitäten der Zielobjekte sowie die langfristige Einschleusung von Personal, Sprengstoffen und Waffen, nebst unterschiedlichen Zielen. Auch standen gezielt britische, amerikanische und israelische Staatsangehörige im Visier der Terroristen. Strategisches Ziel dürfte es gewesen sein, eine neue indisch-pakistanische Konfrontation zu initiieren. Die sich abzeichnende politische Annäherung zwischen beiden Staaten mag einigen Extremisten in Pakistan nicht gefallen haben. Festzuhalten bleibt, dass die Anschläge jedenfalls zur politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung Indiens geführt und die innerindischen religiösen Spannungen vertieft haben.

*Was haben die Terroristen und ihre Hintermänner bei einem ver-*

*schärften indisch-pakistanischen Konflikt zu gewinnen?*

**PR:** Bei einer Zunahme der Spannungen werden pakistanische Militärs etwa 100.000 Soldaten, die sie entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze disloziert haben, abziehen und an die pakistanisch-indische Grenze verlegen. Dies wiederum hätte zur Folge, dass die pakistanisch-amerikanische Kooperation zur Bekämpfung der Taliban wesentlich beeinträchtigt würde

*Heißt dies, dass es einen „strategischen Masterplan“ hinter den Terroranschlägen in Mumbai gibt oder ist das nur ein Zufall?*

**PR:** Aus meiner Sicht ist dies kein Zufall, sondern dahinter steckt eine strategische Absicht. Eine pakistanische Truppenverlegung würde Washingtons Absicht einer intensiveren Kooperation mit Pakistan entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze und in den Stammesgebieten zunichte machen und die operativen Möglichkeiten der Taliban bzw. Al-Qaida in Afghanistan erhöhen. US und NATO Truppen würden somit verstärkt unter Druck geraten.

*Trifft es zu, dass es im pakistanischen Geheimdienst ISI unterschiedliche Fraktionen gibt?*

**PR:** Es trifft zunächst zu, dass die zivile pakistanische Regierung weder das Militär noch den pakistanischen Geheimdienst kontrolliert. Im ISI gibt es zwei Flügel. Der eine fühlt sich dem Militär und in begrenztem Maße der Regierung verbunden, der andere ist islamistisch-extremistisch geprägt.

*Offensichtlich haben die indischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste völlig versagt, denn sonst hätten sie von den bevorstehenden Terrorangriffen Kenntnis gehabt und diese abwehren können. Welche Defizite sehen Sie bei den indischen Sicherheitsorganen?*

**PR:** Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste haben generell Schwierigkeiten, Innenquellen in

der terroristischen Szene aufzubauen und nachrichtendienstlich hochwertige Informationen gewinnen zu können. Indiens Sicherheitsarchitektur ist zudem nicht mehr zeitgemäß und wird der Bedrohungslage nicht gerecht. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Es mangelt an den drei C's: Command, Control, Communication.

*Welche Verbesserungen strebt die indische Regierung somit an?*

**PR:** In den kommenden Wochen soll ein neues, nationales Büro aufgebaut werden. In diesem sollen alle relevanten Informationen zusammenlaufen. Die Ausbildung und Ausrüstung der Anti-Terroreinheiten soll zudem verbessert werden. Gleiches gilt auch für Polizeikräfte und die Küstenwache. Ferner will man die Gesetzeslage zur Terrorbekämpfung verbessern.

*Jüngsten Äußerungen der Bundesanwaltschaft und einiger Politiker zufolge bestehe auch in Deutschland eine reale Terrorgefahr. Wie beurteilen sie diese Feststellungen?*

**PR:** Dies ist ja nun wirklich ein alter Hut. Derartige Aussagen haben politische Gründe. An der Aussage des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Ernst Uhrlau, vom vergangenen Jahr: „*Deutschland war und ist Teil eines gemeinsamen Gefahrenraumes in Europa. Der islamistische Terror ist als transnationales Netz ausgelegt. Er kann grundsätzlich überall und jederzeit zuschlagen; auch in und gegen Deutschland*“, hat sich nicht das Geringste geändert.

*Sie halten somit auch einen Terroranschlag auf internationale Hotels in Deutschland für möglich?*

**PR:** Ja, internationale Hotels gehören für Terroristen zu den sogenannten „soft targets“, den weichen Zielen. Mitglieder der Laskar-e-Taiba halten sich auch in Deutschland auf, wie auch zahlreiche andere religiöse Extremisten. Auf einen Terroranschlag gegen derartige Ziele muss man sich also auch in

Deutschland einstellen und entsprechend vorbereiten.

*Dr. Peter Roell, Berlin*

Dr. Peter Roell ist Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin. Das Interview gibt die persönliche Auffassung von Dr. Roell wieder.

Erstveröffentlichung des Interviews in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS), 5. Januar 2009, ETH Zürich

## IMPRESSUM

### Denkwürdigkeiten

Journal der  
Politisch-Militärischen  
Gesellschaft e.V.

#### Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

#### Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: [info@pmg-ev.com](mailto:info@pmg-ev.com)

Webseite: [www.pmg-ev.com](http://www.pmg-ev.com)

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

